

Zwischen Sorgen und Solidarität

NECKARSULM Regionale Bundestagsabgeordnete stellen sich den Fragen der Handwerker – Gaspreisbremse soll schnell kommen

Von unserem Redakteur
Jürgen Paul

Das Handwerk leidet besonders stark unter den auf breiter Front massiv gestiegenen Kosten. Denn die meisten Betriebe können diese Kostensteigerungen nicht ohne weiteres an ihre Kunden weitergeben. Dazu fehlt in praktisch allen Gewerken Personal – vom Azubi bis hin zum Meister. Von der großen Politik fühlen sich die Handwerksbetriebe in Krisenzeiten oft zu wenig beachtet. Grund genug also, die Bundestagsabgeordneten aus der Region mit den Nöten und Sorgen der Handwerker zu konfrontieren.

Beim 1. Unternehmensforum Metall der Innung Metallbau und Feinwerktechnik Heilbronn beim Neckarsulmer Großhändler Schrade am Donnerstagabend stellen sich Alexander Throm (CDU), Josip Juratovic (SPD), Sandra Detzer (Grüne) und Valentin Abel (FDP) den Fragen von Moderator Christian Gleichauf und den versammelten Handwerkern. Wichtigstes Thema sind natürlich die immens gestiegenen Energiepreise. Andreas Hemmerlein macht das Problem am konkreten Beispiel eines Metallbaubetriebs deutlich: Statt bisher 35 000 Euro müsste das Unternehmen künftig 155 000 Euro für seine Energie bezahlen. „Dieses Geld fehlt für Investitionen in die Transformation und die Digitalisierung“, sagt der Innungsobersmeister.

Depressionsangst Hemmerlein befürchtet, dass Deutschland von der Rezession in die Depression rutscht, wenn es sich nicht bald energieunabhängig macht und die Preise wieder sinken. Er schlägt einen „New Energy Deal“ vor, um massiv in die notwendige Infrastruktur zu investieren. „Da darf auch die Schuldenbremse keine Rolle spielen“, sagt Hemmerlein. Für Valentin



Andreas Hemmerlein (von links), Ralf von Briel, Sandra Detzer, Josip Juratovic, Valentin Abel und Alexander Throm diskutierten beim Neckarsulmer Großhändler Schrade über die aktuellen Krisen. Foto: Jürgen Paul

Lebhafte Diskussion um Zuwanderung

Emotional wird es beim Thema Fachkräftemangel und Zuwanderung. Josip Juratovic und Valentin Abel sprechen sich für verstärkte Zuwanderung von Arbeitskräften aus. „**400 000 Fachkräfte fehlen**“, betont der Sozialdemokrat. Der Liberale Abel weist darauf hin, dass Deutschland als Einwanderungsland attraktiver werden müsse. „Die Menschen

lecken sich nicht gerade die Finger danach, nach Deutschland zu kommen“, sagt er. Alexander Throm widerspricht vehement. Aus seiner Sicht ist Deutschland ein hochattraktives Einwanderungsland. „Aber es kommen die Falschen.“ Deshalb plädiert der CDU-Politiker dafür, zunächst die 600 000 arbeitsberechtigten Migranten in Deutschland

für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren, bevor man Menschen aus Drittstaaten anwirbt. „Mir platzt die Hutschnur“, ereifert sich Juratovic. „Es kommen nicht nur Dumme, sondern viele Willige und Leistungsbereite“, findet er.

Einig sind sich die Abgeordneten, dass Handwerk **goldenen Boden** hat. „Mit einer Handwerks-Ausbildung ste-

hen alle Türen offen“, sagt Valentin Abel. Das müsse auch in die Köpfe der Eltern rein, die ihre Kinder zu häufig in Richtung Studium drängen. Für Innungsobersmeister Andreas Hemmerlein ist klar, dass sich angesichts der Personalknappheit bei den Löhnen im Handwerk etwas tun müsse. „Aber auch die Preise werden steigen“, ist er sich sicher. *jüp*

Abel ist klar, dass in einer solchen Notsituation auch die verfügbaren Atomkraftkapazitäten genutzt werden müssen, ohne den Ausstieg aus der Kernenergie grundsätzlich in Frage zu stellen. Zudem fordert der FDP-Abgeordnete aus dem Wahlkreis Schwäbisch Hall/Hohenlohe mehr Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien.

Entlastung versprochen Die Bundesregierung wisse um die Sorgen der kleinen und mittleren Betriebe, versichert Sandra Detzer, Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Ludwigsburg, den Handwer-

kern. „Es ist uns absolut bewusst, wie existenziell die Situation für die Betriebe ist.“ Deshalb arbeite man daran, dass die Gaspreisbremse so schnell wie möglich kommt, sagt Detzer. Die Grünen kann sich einen Gaspreisdeckel für 75 bis 80 Prozent des Grundbedarfs vorstellen. Danach würden die marktüblichen Preise fällig, um Anreize zum Gasparen zu setzen.

Grundsätzliche Zustimmung erhält Detzer von Alexander Throm, der darauf verweist, dass die Ampel nun genau das einführe, was die Union bereits im Sommer vergeblich gefordert habe. Harsche Kritik übt

der Heilbronner CDU-Abgeordnete dagegen am sogenannten „Doppelwumms“ der Bundesregierung. „Es ist ein Fehler, 200 Milliarden Euro ins Schaufenster zu stellen, aber nicht zu wissen, wie es verteilt wird“, sagt Throm. Auch wisse derzeit niemand, ob diese Summe ausreichend sei, um die Belastungen für Bürger und Unternehmen auszugleichen.

Wohlstandsverluste Einig sind sich die Diskutanten dagegen, dass diese Krise nicht ohne Wohlstandsverluste ablaufen wird. „Wir werden es nicht schaffen, dass niemand et-

was merkt“, stellt Sandra Detzer klar. Und Sozialdemokrat Josip Juratovic ergänzt: „Jeder muss seinen Beitrag leisten.“

Juratovic appelliert wie auch Schrade-Geschäftsführer Ralf von Briel an die Einigkeit in der Politik, um die Krise zu meistern – sowohl in Deutschland als auch in Europa. „Man kann die energiepolitische Frage nicht in Deutschland alleine lösen“, ist sich von Briel sicher. Und Juratovic fordert, dass endlich der Ernst der Lage erkannt werde. Jetzt sei nicht die Zeit für parteipolitisches Geplänkel. „Man muss den Menschen Sicherheit bieten.“